

## **D1 DRINGLICHKEITSANTRAG: Frauen – Leben – Freiheit: Solidarität mit dem Iranischen Volk und der Revolution im Iran**

Gremium: Mitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 19.11.2022  
Tagesordnungspunkt: 4. Inhaltliche Anträge I

### **Antragstext**

Antragsteller\* innen:

Julia Günther, Dietrich Herrmann, Andrea Mühle, Kassem Taher Saleh, Elke Zimmermann

Nicht erst seit dem Tod der 22-jährigen Jina Mahsa Amini im September diesen Jahres gehen im Iran Menschen auf die Straßen, um gegen die systematischen Verletzungen von Menschen- und Bürgerrechten, die Diskriminierung und Unterdrückung von Frauen, religiösen und ethnischen Minderheiten und der LGBTQI+-Community durch das autoritäre System der Islamischen Republik zu demonstrieren. Seit über 40 Jahren gibt es diese Proteste, Demonstrationen, Widerstand. Das Mullah-Regime begegnet seit all den Jahren dem Wunsch nach Selbstbestimmung, Freiheit und Demokratie mit Repression und brutaler Gewalt. Die Regierung der islamischen Republik inhaftiert, foltert und tötet. Aber der Tod von Jina Mahsa Amini, erst 22 Jahre jung, entfachte eine Protestwelle, die sich von allen bisherigen Bewegungen unterscheidet. Es ist eine Revolution - angeführt von Frauen, Mädchen, Jugendlichen, ist sie inzwischen religions-, generations- und Ethnien übergreifend. Es ist ein Schrei der Vielen, der alle sozialen Schichten erfasst. In bisher nie dagewesener Breite begehrt die iranische Gesellschaft gegen das System der Islamischen Republik auf, zeigt sich eine überwältigende landesweite Solidarität. Die jahrzehntelange vielfache Diskriminierung und Verfolgung ethnischer und religiöser Minderheiten wie der Kurd\*innen, Belutsch\*innen, Azeri, Bahai, Sunnit\*innen oder Sufi vereint sie nun in ihrem Kampf gegen das autoritäre System.

Die Regierung spürt den Verlust an Macht und Kontrolle und reagiert noch brutaler und menschenverachtender. Über 300 Tote, vor allem junge Menschen, sogar auch Kinder, hat die brutale Gewalt der Mullah-Regierung mit ihren Handlangern schon gefordert. Seit einem Parlamentsbeschluss im Oktober droht 15.000 inhaftierten Iraner\*innen die Todesstrafe. Allein im Jahr 2021 wurden mindestens 275 Menschen im Iran hingerichtet. Darunter 50 Kurd\*innen und 40 Belutsch\*innen.

Menschen, die im Iran gegen das autoritäre System protestieren, riskieren ihr Leben. Auch Menschen die hier oder anderswo im Exil den Protest unterstützen, sind samt ihrer Familien in der Heimat vor staatlicher Verfolgung nicht sicher.

Wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Dresden, erklären unsere Solidarität mit den Iraner\*innen, die gegen das menschenverachtende iranische Regime, für Freiheit, Menschenrechte und Demokratie kämpfen. Wir schauen hin, wir bleiben laut. Wir schweigen nicht zu Gewalt.

Wir unterstützen die iranische Revolution,

- indem wir berichten,
- indem wir denen Reichweite geben, die das Regime verstummen lassen will,
- indem wir den hier lebenden Iraner\*innen Sicherheit und Perspektiven geben, asylrechtliche Sorgen ernst nehmen und ihnen bei ihren Aktionen zur Unterstützung der Revolution helfen, durch Bereitstellung von Räumlichkeiten, Infrastruktur, Förderungen etc.,
- indem wir BÜNDNISGRÜNE Entscheidungsträger\*innen auf Europa-, Bundes- und Landesebene unaufhörlich an ihre Verantwortung erinnern und solidarisches Handeln einfordern,
- indem wir uns für eine Ausweitung der finanziellen Unterstützung auf kommunaler Ebene für Sozialarbeit, Migrant\*innen-Organisationen sowie Geflüchteten-Initiativen einsetzen,
- indem wir psycho-soziale Betreuungsangebote für Geflüchtete ausbauen und niedrigschwellig zur Verfügung stellen.

Wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Dresden, erkennen die Initiativen der letzten Tage von Annalena Baerbock, der EU-Außenministerkonferenz, der Bundestagsfraktion an. Die Sanktionen und die Befassung des UN-Menschenrechtsrats mit der Lage im Iran sind wichtige Schritte.

Wir Dresdner GRÜNEN fordern die BÜNDNISGRÜNEN Europaparlaments- und Bundestagsabgeordneten auf,

- sich klar und deutlich gegen die Gewaltherrschaft des Mullah-Regimes zu positionieren und darin nicht nachzulassen,
- sich mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln für wirkungsvolle

Sanktionen gegen alle einzusetzen, die für die Unterdrückung von und die Gewalt gegen die für Freiheit und Menschenrechte demonstrierenden Menschen im Iran verantwortlich sind und auch Sanktionen gegen deren Angehörige ernsthaft zu prüfen,

- sich für das Einfrieren von auf Banken in der EU und speziell in Deutschland befindlichen Vermögenswerten der Angehörigen und Unterstützer des Mullah-Regimes einzusetzen,
- alles in ihrer Macht stehende zu tun, um die von Folter, Gewalt und Todesstrafe bedrohten inhaftierten Iraner\*innen zu retten. EU und Bundesregierung müssen auf eine umgehende und bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen und die Aufhebung der Gerichtsurteile drängen. Als längerfristiges Ziel muss die weltweite Abschaffung der Todesstrafe unablässig verfolgt werden,
- dafür Sorge zu tragen, dass sich alle an den Verbrechen beteiligten Regierungsangehörigen und -mitläufer\*innen so bald als möglich vor Gerichten verantworten müssen. Hierfür sind u.a. NGOs, die Beweismaterial über staatliche Gewalt und Willkür dokumentieren, finanziell zu unterstützen
- die Angriffe Irans auf die Region Kurdistan - Irak klar zu verurteilen.

Wir fordern von BÜNDNISGRÜNEN Europaparlaments- und Bundestagsabgeordneten eine deutliche, aktive Unterstützung der Revolution im Iran.

Wir fordern, dass

- schutzbedürftige Iraner\*innen Schutz in der EU/in Deutschland erhalten
- bei Asylverfahren für Iraner\*innen insbesondere die politische Verfolgung aufgrund des Geschlechts, der sexuellen Orientierung und Identität sowie der Konvertierung zu einer anderen Religion als Asylgründe anerkannt werden.
- ein Abschiebestopp für Iranische Migrant\*innen als bundesweite Regelung ohne Befristung auf den 31.12.2022 verabschiedet wird.

Wir erwarten

- die Unterstützung bei der Etablierung sicherer und vertrauenswürdiger Virtueller Privater Netzwerke (VPN).

- die Errichtung finanzieller Hilfsprogramme für alternative regimekritische Medien und freie Journalisten\*innen und Reporter\*innen.

Wir fordern die finanzielle, infrastrukturelle und rechtliche Unterstützung, der demokratischen zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen im Iran.

Die sächsischen Landtagsabgeordneten sowie die sächsische Landesregierung fordern wir auf,

- sich in der Innenministerkonferenz für o.g. Punkte (Schutzstatus, Schutzquote, Abschiebestopp) einzusetzen,
- zu prüfen, inwieweit es noch aktive Geschäftsbeziehungen zwischen sächsischen Unternehmen und dem Mullah-Regime gibt und auf deren Einstellung aktiv hinzuwirken,
- die Arbeit der Flüchtlingssozialarbeit, Integrationsarbeit nachhaltig angemessen finanziell abzusichern.

Die Stadtratsfraktion fordern wir auf, sich für

- eine nachhaltige, angemessene finanzielle Ausstattung der Flüchtlingssozial- und Integrationsarbeit bei den aktuellen Haushaltsverhandlungen
- die verstärkte Weiterarbeit an den Zielstellungen aus dem Beschluss „Demokratisch Haltung zeigen, Integration gestalten, Zivilgesellschaft stärken.“
- die Fortsetzung, Weiterentwicklung und Verstetigung des Modellvorhabens „Engagement Stützpunkte für Migrantenvereine“
- die weitere interkulturelle Öffnung der Ausländerbehörde und der gesamten städtischen Verwaltung
- eine Prüfung, ob Dresden perspektivisch Beziehungen zu einer Kommune (z.B. eine Universitätsstadt) im Iran aufbauen kann

einzusetzen.

Jin – Jiyan - Azadî!

Zan – Zendegi – Azadi!

Woman – Life – Freedom!

123 Frauen – Leben – Freiheit!